

Endlich Arbeit schaffen
Rede des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen
Union, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber,
beim 53. Politischen Aschermittwoch in Passau
am 9. Februar 2005

Meine Damen und Herren!
Herzlich willkommen zum 53. Politischen
Aschermittwoch der CSU in Passau.
Unser politischer Aschermittwoch ist der größte
„Stammtisch“ Deutschlands. Hier wird Klartext gesprochen,
was auf dem politischen Spielfeld in
Bayern und Deutschland läuft. Hier ist die „Südkurve
der CSU“!

Über 8.000 Freunde und Gäste der CSU sind heute
wieder hierher gekommen. Die Halle ist voll!
Danke für Ihr Kommen! Danke für Ihre Treue!

Meine Damen und Herren,
• ich begrüße alle Altbayern, Schwaben und
Franken. Ich begrüße alle Sudetendeutschen
und Heimatvertriebenen.

Alle vier Stämme zusammen —das ist

Es gilt das
gesprochene
Wort
Aschermittwoch
„Südkurve der
CSU“
Begrüßung

Bayern! Unser großartiges Land!

- Ich begrüße unsere Freunde aus ganz Deutschland und besonders aus der CDU. Wir schicken heute aus Niederbayern ein kräftiges Signal nach Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Ihr habt in diesem Jahr die ganz große Chance zum Kurswechsel in euren Ländern. Alles Gute nach Kiel und „Glück auf“ nach Düsseldorf!

- Besonders grüße ich unsere Freunde aus Peine in Niedersachsen. Sie kommen seit 1975 Jahr für Jahr hierher! Heute zum 30. Mal!

Das ist einen besonderen Applaus wert!

- Ich begrüße den Hausherrn, Oberbürgermeister Albert Zankl. Die Dreiländerhalle, in der wir heute zum zweiten Mal sind, ist ein Schmuckstück. Glückwunsch an Passau zu dieser tollen Halle!

- Ich begrüße besonders die niederbayerische CSU mit Erwin Huber an der Spitze. Erwin Huber stellt als Chef der Staatskanzlei und

Staatsminister für Verwaltungsreform an entscheidender
Stelle Weichen für das Bayern des
21. Jahrhunderts. Vielen Dank, Erwin, für deinen
erfolgreichen Einsatz für Niederbayern
und für unser ganzes Land!

- Wir haben heute auch ehrenamtliche Helfer unter
uns, die sich nach der Flutkatastrophe sofort
nach Asien aufgemacht und dort angepackt
haben. Ich begrüße sehr herzlich vom Bayerischen
Roten Kreuz Herrn Andreas Flossmann
aus Gmund am Tegernsee und von der Flughafenfeuerwehr
München Herrn Dr. Thomas
Geiner.

Herr Flossmann und Herr Dr. Geiner stehen
stellvertretend für alle, die geholfen haben.

Ihnen gilt unser aller herzlichster und tief
empfundener Dank!

Meine Damen und Herren,
wer „Politischer Aschermittwoch“ sagt, der meint
CSU. Viele haben versucht, uns zu kopieren —
ohne Erfolg!
SPD und Grüne
am Aschermittwoch

-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Die SPD hält in Vilshofen eine bessere Ortshauptversammlung
ab. Jahr für Jahr dasselbe Trauerspiel:
Wieder brauchen die Genossen einen Redner
von außen. Die SPD hat es einfach nicht im
Kreuz.

Die Grünen versammeln sich um ein paar Biertische
in Passau. Ihrem Ober-Guru Fischer haben
sie kein Visum für Bayern ausgestellt. Deshalb haben
sie Frau Künast eingeflogen. Bei der Grünen
Woche in Berlin hat sie einen großen Bogen um
die bayerischen Bauern gemacht. Heute machen
unsere Bauern einen Bogen um sie. Das ist auch
verständlich: Frau Künast drangsaliert und benachteiligt
unsere Bauern im EU-Wettbewerb. Bayerns
Bauern sind heute hier bei uns, bei der CSU. Sie
wissen: Wir stehen zu unseren Bauern.

Unser Politischer Aschermittwoch ist und bleibt
das Original. Schon Franz Josef Strauß hat den
politischen Aschermittwoch der CSU unverwechselbar
geprägt. Er hat über 25 mal hier beim Aschermittwoch
gesprochen. Er wäre in diesem Jahr 90
Jahre geworden. Danke Franz Josef Strauß!
Unser Aschermittwoch

-
das Original!

Meine Damen und Herren,
der politische Aschermittwoch hat noch nie unter
einem so düsteren Vorzeichen gestanden wie heuer.

Über fünf Millionen Menschen in Deutschland
sind arbeitslos. Das ist trauriger Nachkriegsrekord.

Das erschüttert uns alle zutiefst.

Fünf Millionen Arbeitslose, das ist nicht nur eine
erschreckende Zahl.

- Hinter dieser Zahl stehen persönliche Schicksale,
Ängste und Sorgen von fünf Millionen
Menschen und ihren Angehörigen.

- Dahinter stehen Familien, die nicht wissen,
wie sie über die Runden kommen sollen.

Nahezu jede vierte Familie in Deutschland ist
hautnah mit Arbeitslosigkeit konfrontiert.

- Besonders erschüttert mich der dramatische
Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit um 26 %.

Gerade die jungen Menschen sind voller Ideen
und Innovationen, voller Tatendrang und Zukunftsvisionen.

Wenn sie keine Lehrstelle finden

Skandal Arbeitslosigkeit

Persönliche

Schicksale der

Arbeitslosigkeit

und keinen Arbeitsplatz finden, werden ihre Hoffnungen und Perspektiven schon zu Beginn ihres Berufslebens zerstört. Sie bekommen das Gefühl, nichts wert zu sein, ohne dass sie überhaupt jemals die Chance hatten, sich zu bewähren. Über fünf Millionen Arbeitslose bedeuten auch: Die finanziellen Grundlagen des Staates und unserer sozialen Sicherung geraten aus den Fugen.

- Milliardenausfälle an Steuern,
 - Milliardenausfälle bei Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungen
 - Milliardenkosten für die Arbeitslosenversicherung.
- Die Kosten der Arbeitslosigkeit summieren sich insgesamt für die ganze Gesellschaft auf 115 Milliarden Euro! Was könnte man mit diesem Geld nicht alles für unser Land tun?
- Die Arbeitslosigkeit ist die Wurzel aller Probleme.
Rot-Grün leugnet
die Probleme
Kosten der Arbeitslosigkeit

Arbeit ist nicht alles. Aber ohne Arbeit ist alles nichts.

Deshalb sagen wir in Passau an die Adresse der Bundesregierung „Endlich Arbeit schaffen“!
Was aber macht Schröder in dieser für unser Land dramatischen Situation? Er taucht völlig ab:

- Keine Regierungserklärung.
 - Keine Krisensitzung.
 - Nicht einmal eine einfache Pressekonferenz.
- Sonst geht dieser Kanzler keiner Kamera aus dem Weg. Beim größten Problem in Deutschland, der Massenarbeitslosigkeit, duckt er sich weg. Schröder flieht vor seiner trüben innenpolitischen Bilanz ins Ausland —immer öfter, immer weiter weg! Schröder übertrifft mit seinen 110 Auslandsreisen jetzt sogar schon den Papst —obwohl der schon über ein Vierteljahrhundert im Amt ist und Schröder erst sechs Jahre regiert.

Wir sagen:

Hier sind die Probleme,
hier sind sie zu lösen,
hier gilt es anzupacken!

Aber Schröder packt die Arbeitslosigkeit nicht an.
Egal, wie stark die Arbeitslosigkeit steigt, die Masche
von Rot-Grün heißt immer wieder: Verniedlichen
und schönreden:

- Im Jahr 2001: 3,9 Millionen Menschen ohne Arbeit.
Rot-Grün beruhigt: „Keine Rezessionsgefahr.“
(PM 23.10.2001)
 - Ein Jahr später: Über 4 Millionen arbeitslos.
Schröder: „Die Talsohle ist durchschritten.“ (SPDParteitag,
Juni 2002)
- Dann im Jahr 2003: 4,3 Millionen ohne Stelle.
Die Bundesregierung frohlockt: „Der Tiefpunkt
ist durchschritten!“ (PM 23.10.2003).
- Im Jahr 2004: 4,4 Millionen Menschen ohne Arbeit.
Clement versichert: „Ich bin überzeugt,
dass wir die Arbeitslosigkeit in geraumer Zeit
halbieren können“ (1. September 2004, n-tv).
 - Im Januar 2005: Rekordarbeitslosigkeit von
5 Millionen. Jetzt wartet doch ganz Deutschland,
was der Regierungschef dazu sagt. Schröder:
„Wir haben jedenfalls mit der Arbeitsmarktre

form unser Möglichstes zur Reduzierung der
Arbeitslosigkeit getan“ (Stern 30.12.2004)

Das ist Politik nach dem 3-Affen-Prinzip:

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

Das ist der Offenbarungseid von Schröder und
seiner Regierung. Schröder hat aufgegeben! Er
hat fünf Millionen Menschen in Deutschland einfach
aufgegeben. Er ist mit seinem Latein am Ende.

Er kapituliert vor dem Kernproblem in unserem
Land. Die Zeche zahlt der kleine Mann. Wie hat
Schröder 1998 getönt: „Ich lasse meine Regierung
an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit messen.“

3,5 Millionen —das war seine Meßlatte. Aber die
Arbeitslosigkeit steigt Jahr für Jahr.

Eine Regierung, der bei dieser Massenarbeitslosigkeit
nichts mehr einfällt, ist ökonomisch
gescheitert. Sie sollte die Koffer packen und
abtreten!

Meine Damen und Herren,

Die Massenarbeitslosigkeit spaltet unsere Gesellschaft.

Bei Massenarbeitslosigkeit drohen Mittelstand
und Mittelschicht abzurutschen. Das be-

CSU: Extremisten
bekämpfen

legt drastisch der jüngste Armutsbericht der Bundesregierung: Heute leben eine Million Menschen mehr in Armut als 1998. Die Zahl der überschuldeten Haushalte nahm seit 1998 um 13 Prozent zu. Rot-Grün macht die Menschen ärmer.

Die verheerende Arbeitslosigkeit beschädigt die ganze Gesellschaft und gefährdet die Fundamente unseres Staates.

Ein Teil der Menschen in Deutschland resigniert, gibt auf und glaubt nicht mehr an Veränderungen. Menschen, die für sich keine Chance und Perspektive sehen, sind anfällig für die Parolen von Rechts und Links.

Alle Demokraten müssen gegen Extremisten zusammen stehen —egal, ob von rechts oder von links. Wir müssen uns aktiv dafür einsetzen, dass Radikalismus keinen Nährboden in Deutschland hat. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Wir als CSU haben in diesem Zusammenhang keinerlei Nachholbedarf. In Bayern sind extremistische Parteien bedeutungslos. Die CSU hat als erste Partei den Vorstoß für ein NPD-Verbotsverfahren gemacht. Auf Initiative von Innenminister

Günther Beckstein hat das bayerische Kabinett am 01. August 2000 ein NPD-Verbot gefordert und dann einen Verbotsantrag im Bundesrat eingebracht.

Wir haben das Problem angepackt, als Schily und Schröder noch gezögert haben.

Einem erneuten Verbotsantrag stehen wir nicht im Wege. Die Bundesregierung soll dazu die notwendigen Informationen aus Bund und Ländern zusammentragen und dann entscheiden.

Ich sage aber auch ganz klar: Selbst ein Verbot würde das Problem nicht bei der Wurzel packen. Entscheidend ist es, die politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus aufzunehmen.

Dabei müssen wir allen Bürgern ganz deutlich sagen, dass Extremisten nichts zu bieten haben, kein Konzept, keine Problemlösung, gar nichts.

Entscheidend ist es, vor allem die Ursachen für Extremismus klar zu benennen und zu bekämpfen.

Hinter der Wahlentscheidung für extremistische Parteien steckt doch vielfach nicht die Unterstützung extremistischer Positionen, sondern Protestverhalten.

Ein ganz wesentlicher Grund für die Unzufriedenheit ist die Massenarbeitslosigkeit

keit von offiziell 5 Millionen Arbeitslosen. In Wahrheit sind es sogar zwischen 6 und 7 Millionen Arbeitslose. Und noch einmal weitere 5 Millionen Menschen haben konkret Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Es ist doch völlig unbestritten, dass der Verlust und die Sorge um den Arbeitsplatz, die Sorge vor dem sozialen Abstieg das Protestverhalten und die Flucht in die Unterstützung extremistischer Parteien fördern können. Das war bis heute Common Sense über die Parteigrenzen hinweg und aller namhaften Politikwissenschaftler. Die Zahlen sprechen für sich: Jeder fünfte Arbeitslose in Sachsen hat NPD gewählt. Und mit Blick auf die bevorstehende Wahl in Schleswig-Holstein sagt der Chef des Wahlforschungsinstituts Emnid, Klaus-Peter Schöppner: „Angesichts von fünf Millionen offiziellen Arbeitslosen und der daraus erwachsenden Zukunftsangst ist der Nährboden für Protestwähler so günstig wie nie“ (Die Welt. 08.02.2005). Doch wenn ich sage: Arbeitslosigkeit ist sicher nicht der alleinige, aber ein gefährlicher Nährboden für Extremisten, und wenn ich sage, die Regierung trägt die Verantwortung für die steigende Arbeitslosigkeit, dann ist die Empörung bei Rot-Grün groß.

Ich verstehe, dass Rot-Grün diesen Zusammenhang nicht hören will. Rot-Grün würde am liebsten über die Massenarbeitslosigkeit und das ökonomische Scheitern von Schröder und Fischer nicht reden. Deshalb inszeniert Rot-Grün Empörung.

- Wolfgang Clement nennt meine Argumente „hirnrissig und abscheulich“,
- Claudia Roth spricht von „einer gefährlichen politischen Entgleisung“ und
- Otto Schily von „Schuldzuweisungen aus der untersten Schublade“.

Doch die Wahrheit ist: Die Genossen von der SPD denken genau so, wie ich es formuliert habe:

Was liest man, wenn man im Internet auf der SPDHomepage unter www.spd.de beim Stichwort „Rechtsextremismus“ nachsieht? Wer die Empörung von Müntefering und Schröder im Ohr hat, der wird es nicht glauben: Einen Brief vom heutigen Vorsitzenden der SPD an die lieben Genossinnen und Genossen, ich zitiere: „Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven, ein beschleunigter gesellschaftlicher Wandel treiben der extremen Rechten

Proteststimmen zu.“

Und der Bundeskanzler steht dem nicht nach: Er hat 1998 gesagt: „Das Widererstarken des Rechtsextremismus liegt vor allem in der Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt“ (Die Welt, 28.05.1998).

Sehr geehrte Damen und Herren,
was sagt man dazu? Ich sage Ihnen, das ist scheinheilig. Das ist der Gipfel der Scheinheiligkeit. Und das ist der Gipfel der Verantwortungslosigkeit: Die Ursachen für den Extremismus selbst richtig zu analysieren, aber uns zu beschimpfen, wenn wir sie benennen und Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit einfordern, das ist verantwortungslos.

Das ist ein Ablenkungsmanöver.

Schröders alte Masche: Wenn die Wahrheit unangenehm wird —Themenwechsel. Der Spiegel bringt es entlarvend auf den Punkt: „In den mehr als sechs Jahren seit Regierungsübernahme hat er gelernt, dass nicht die Wirklichkeit über Wohl oder Wehe seiner Regierung entscheidet, sondern das Bild, das der Bürger sich von der Wirklichkeit

macht. Schröder ist ein Spezialist im Spiel mit
Stimmungen,, (Der Spiegel, 03.01.2005).
Dieser Kanzler redet über alles, nur nicht über
das Kernproblem: die Massenarbeitslosigkeit.
Wir müssen Schröder hier härter anpacken. Mit
seinen Ablenkungsmanövern darf er nicht durchkommen.

Die Rot-Grünen sollen endlich ihre
Pflicht tun: Endlich Arbeit schaffen für
Deutschland. Rot-Grün soll endlich handeln.
Rot-Grün soll endlich Arbeit schaffen.

Meine Damen und Herren,
ob man Schröder, ob man Müntefering, ob man
Stoiber zitiert über den Zusammenhang von
Massenarbeitslosigkeit
und Extremismus ist mir völlig
egal. Das einzig Wichtige ist: packt endlich an,
schafft endlich Arbeit.

Meine Damen und Herren,
Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal. Man kann
sehr wohl etwas tun: Andere Länder haben gezeigt:
Wer den Wettbewerb annimmt, wer sich den
Herausforderungen stellt, kann ausreichend Arbeitsplätze
schaffen!

CSU: Mehr Chancen
für Arbeit

- Irland hat in nur 10 Jahren die Arbeitslosenquote von 16 % auf 4 % gesenkt.
- In Großbritannien lag die Arbeitslosenquote 1993 bei 10 %, heute liegt sie bei 4 %.
- Unser Nachbar Österreich hat die niedrigste Arbeitslosenquote in Europa (4 %). Und wir haben in Deutschland jetzt 12,1 %!

Das zeigt: Arbeitslosigkeit lässt sich senken, wenn man anpackt. Sage mir doch keiner, wir Deutschen könnten weniger leisten als Iren, Briten oder Österreicher! Es liegt an der Politik der rot-grünen Regierung.

Denn:

unser Land hat Potential,
 unser Land hat hervorragend ausgebildete Arbeitnehmer,
 unser Land hat tatkräftige Unternehmer!

Einer von ihnen ist heute unter uns. Begrüßen Sie mit mir Herrn Karl Wisspeintner aus Niederbayern.

Er hat mit einem Viermann-Betrieb angefangen.

Mit unglaublichem Engagement, mit Kreativität und Tatkraft hat er ein Unternehmen mit 360 Angestellten aufgebaut. Heute stellt Micro-Epsilon

Messtechnik GmbH Sensoren für Großunternehmen wie BMW, Ford oder Siemens her. Das nenne ich unternehmerische Leistung! Unser Land braucht noch viel mehr solche Arbeitgeber, im wahrsten Sinne des Wortes. Dafür müssen wir aber viele Hürden aus dem Weg räumen.

Meine Damen und Herren,
das ist der entscheidende Unterschied zwischen CDU/CSU und Rot-Grün: Wir, CDU und CSU, finden uns mit dem Skandal von fünf Millionen Arbeitslosen nicht ab. Wir wollen für die Arbeitslosen neue Chancen schaffen. Wir wollen anpacken für Deutschland. Wir wollen endlich Arbeit schaffen!

Meine Damen und Herren,
endlich Arbeit schaffen heißt: die wuchernde Bürokratie abbauen.

Auf Deutschland lasten viel zu viele fesselnde Vorschriften.

Der Arbeitsmarkt ist überreguliert: Die Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Vollmundig hat Superminister Clement einen großen Bürokratieabbau angekündigt. Seine Bilanz ist al-Bürokratie

les andere als super: Unter dem Strich 1.000 neue Gesetze und Verordnungen. Das ist der weltweit einmalige Versuch, mit 1.000 neuen Regeln Bürokratie abzubauen.

Den Gipfel der Überbürokratisierung hat die Bundesregierung jetzt aber mit dem Antidiskriminierungsgesetz erreicht.

Welche absurden Regelungen wurden hier getroffen?

Ein Beispiel:

Ein Schreiner hier aus Niederbayern schreibt eine Stelle für einen Gesellen aus. 50 Leute bewerben sich, aber er kann nur einen nehmen.

Bisher konnte er einstellen, wen er wollte. Jetzt muss er darlegen, warum er jemanden nicht eingestellt hat und dass er Bewerber nicht diskriminiert hat.

Ein Mann kann behaupten, gegenüber einer Frau diskriminiert worden zu sein. Die Frau kann umgekehrt behaupten, gegenüber einem Mann diskriminiert worden zu sein. Am Ende führt das noch dazu, dass ein Franke behauptet, gegenüber einem Niederbayern diskriminiert worden zu sein!

Das bedeutet konkret: Der Schreiner trägt das Risiko von 49 Gerichtsprozessen, nur weil er einem Menschen Arbeit und Brot geben wollte. Die Folge ist klar: Er stellt niemanden ein.

Ergebnis: Niemand ist diskriminiert. Aber niemand hat Arbeit. Außer den Gerichten! Operation gelungen —Patient tot! Das versteht Rot-Grün unter Bürokratieabbau!

Ein weiteres Beispiel:

Ein Vermieter inseriert in Passau eine Wohnung. Unter den Bewerbern sind ein Tscheche und ein Deutscher, die beide in Passau arbeiten. Bisher konnte der Vermieter entscheiden, wem er die Wohnung vermieten wollte.

Nimmt er nach neuem Recht jetzt den Deutschen, kann der Tscheche behaupten, diskriminiert worden zu sein. Nimmt der Vermieter umgekehrt den Tschechen, kann der Deutsche eine Diskriminierung behaupten. Zieht der jeweils Unterlegene vor Gericht, muss der Vermieter beweisen, dass er niemanden diskriminiert hat.

Ergebnis: Niemand ist diskriminiert. Für den Vermieter ist aber eines klar: Das Risiko einer

Klage ist ziemlich groß. Wer investiert denn da
noch in Mietwohnungen?

Wie sollen sich da noch Elan, Unternehmergeist
und Tatkraft entfalten?

Rot-Grün legt mit diesem Gesetz das Wirtschaftsleben
lahm.

Meine Damen und Herren,
wir in Bayern haben einen klaren Kurs: weniger
Bürokratie, weniger Vorschriften, mehr unternehmerische
Freiheit.

Mit der Verwaltungsreform schaffen wir die Basis
für ein modernes und attraktives Bayern. Wir haben
bereits ein Drittel der Verwaltungsanweisungen
seit 2003 gestrichen. Bayern ist Vorreiter bei
der Deregulierung in Deutschland. Und Erwin
Huber wird hier weiter am Ball bleiben!

Endlich Arbeit schaffen, das heißt vor allem,
unser kompliziertes Steuerrecht zu vereinfachen
und Steuern zu senken.

Die Unternehmens-Steuersätze in Deutschland
sind im internationalen Vergleich immer noch zu
Steuerpolitik

hoch. Jetzt, nachdem in Deutschland Rekordarbeitslosigkeit herrscht, muss das auch Clement einräumen. Auch hier wieder sechs verlorene Jahre. So treiben wir die Unternehmen ins Ausland und schrecken neue Investoren ab. Wir verlieren Tag für Tag 1.200 Arbeitsplätze.

Tatsache ist auch: Rot-Grün führt in den eigenen Reihen immer neue Steuererhöhungsdebatten:

- Erbschaftssteuer rauf,
- Mehrwertsteuer rauf,
- Ökosteuern rauf.

Unsere Nachbarn in Österreich machen uns vor, wie es geht —mit wettbewerbsfähigen Unternehmenssteuern.

Damit locken sie Unternehmen nach Österreich. Deshalb sagen österreichische Firmenwerber: „Ein Regierungswechsel in Deutschland wäre bitter für Österreich.“ (Die Welt 06.01.2005)

Wir sagen: Ein Regierungswechsel wäre vielleicht bitter für Österreich, aber er ist ganz sicher bitter nötig für Deutschland!

Meine Damen und Herren,
endlich Arbeit schaffen, heißt: eine preiswerte,
verlässliche und umweltverträgliche Energieversorgung
sichern.

Rot-Grün bricht auch in der Energiepolitik alle Negativrekorde.

Deutschland hat inzwischen die
höchsten Energiepreise in Europa. Warum? Immer
mehr Abgaben, immer mehr Reglementierungen
und der schrittweise Ausstieg aus der
Kernenergie. Die staatlich verursachte Belastung
der Strompreise ist seit 1998 von 2,3 Milliarden Euro
auf heute 12,1 Milliarden Euro gestiegen. Das
ist mehr als das Fünffache. Diese Preistreiberei
unterläuft alle unsere Anstrengungen, die Produktionskosten
in Deutschland zu senken.

Das kostet Arbeitsplätze, das beschleunigt die
Deindustrialisierung in Deutschland. In den letzten
10 Jahren haben wir von ursprünglich 10 Millionen
Industriearbeitsplätzen 3 Millionen verloren.
Die Energiepolitik dieser Bundesregierung ist Trittin
pur! In der Schlüsselfrage Energiepolitik kapituliert
die SPD und überlässt das Feld dem
größten Ideologen. Das kostet Hunderttausende
Arbeitsplätze!
Energiepolitik

Auch hier in Ostbayern spüren wir die Preistreiberei:
Rot-Grün treibt mit der Ökosteuer viele Autofahrer
über die Grenzen nach Tschechien
und Österreich. Das gefährdet hunderte Tankstellen
und tausende Arbeitsplätze in Deutschland.
Frankreich und Italien staffeln ihre Spritpreise regional,
um den Tanktourismus zu verhindern. Dem
hat Rot-Grün in Brüssel zugestimmt. Wir fordern
das auch für Ostbayern, aber Rot-Grün hat dafür
nur Hohn und Spott übrig. Das ist wieder ein Beweis:
Die Menschen in Ostbayern mit ihren
schwierigen Problemen haben von dieser Bundesregierung
nichts zu erwarten.

Meine Damen und Herren,
anpacken und endlich Arbeit schaffen für
Deutschland heißt: den Marsch in den Schuldenstaat
stoppen.

Rot-Grün treibt Deutschland immer tiefer in die
Schuldenfalle.

Die Neuverschuldung des Bundes ist katastrophal:

- 2002: fast 32 Mrd. Euro neue Schulden.
- 2003: über 38,5 Mrd. Euro neue Schulden.

Eichels Haushaltspolitik

Verstoß

gegen Nachhaltigkeit

Tanktourismus

- 2004: 39,5 Mrd. Euro neue Schulden.
- 2005: wieder ein Haushalt auf Sand gebaut. Jede Sekunde macht Deutschland 2.660 Euro neue Schulden! (FAZ 07.01.05).

Gleichzeitig fließen immer mehr Mittel in den Sozialetat.

Die Sozialausgaben haben unter Rot-Grün einen neuen Höchststand erreicht: Sie wuchsen um 15 % gegenüber 1998, gleichzeitig sackte unter Rot-Grün die Investitionsquote auf einen historischen

Tiefstand: In diesem Jahr nur noch 8,8 % für Zukunftsinvestitionen. Immer mehr Schulden, immer mehr Sozialausgaben und immer weniger Zukunftsinvestitionen. Mit dieser Politik fährt Deutschland gegen die Wand —und am Steuer sitzt: Gerhard Schröder mit seinem Kabinett.

Diesen Amokfahrern muss das Steuer aus der Hand genommen werden. Rot-Grün regiert nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“.

Das geht auf Kosten der Arbeitsplätze.

Das geht aber vor allem auf Kosten unserer Kinder. Insgesamt startet heute jedes Kind mit einem Minus von 80.000 Euro, noch ehe es auch nur einen Atemzug gemacht hat (Staatsverschuldung, Renten- und Pensionslasten).

Diese Politik ist unverantwortlich, ökonomisch kurzsichtig und politisch schlicht unmoralisch. Wo stehen hier eigentlich die Grünen? Was ist nach nur sechs Jahren Regierungsverantwortung aus den grünen Idealen geworden? Gründungsidee der Grünen war einmal die Nachhaltigkeit. Sie wollten bei jeder Entscheidung an die Folgen für künftige Generationen denken. Heute machen sie nachhaltig Schulden. So verraten sie ihre Ideale.

Die grünen Nachhaltigkeitsapostel verkaufen ihre Ziele für Ministersessel und Dienstwagen.

Wenn es ums Mitregieren geht, kennen die Grünen weder moralische Mindeststandards noch politische Grenzwerte.

Meine Damen und Herren,
immer mehr Schulden und immer weniger Investitionen in Zukunft, so kann es nicht weiter gehen.

Aber was macht Schröder? Das einzige Ziel, das er konsequent anpackt, ist die Abschaffung des europäischen Stabilitätspaktes.

Den Bürgern ist versprochen worden: Der Euro wird so hart wie die D-Mark. Der Stabilitätspakt sollte den Erhalt des Euro als harte Währung garantieren.

Das war eine große politische Leistung Deutschlands, die aufs engste mit Theo Waigel und der CSU verbunden ist.

Jetzt will sich Schröder in Brüssel eine Lizenz zum Schuldenmachen holen. Die Schuldenberge treiben die Zinsen in die Höhe. Der Euro wird zum Teuro. Der Bundeskanzler schlägt die eindringlichen Warnungen der Bundesbank vor einer Aufweichung des Stabilitätspakts einfach in den Wind.

Es ist wirklich bitter: 50 Jahre war Deutschland der Hort der Stabilität in Europa. Heute lachen sie über uns in Europa. Unter Schröder verabschiedet sich Deutschland von einer soliden Stabilitätspolitik.

Die Folgen sind: Mehr Schulden, mehr Zinsen, mehr Inflation: Die Zeche zahlt der kleine Mann. Die Pläne Schröders sind ein Betrug am Deutschen Volk.

Meine Damen und Herren,
CDU und CSU stehen für eine solide Finanzpolitik.
Das ist einer der gravierendsten Unterschiede
zwischen Union und Rot-Grün.

Wir haben für Bayern eine klare politische Entscheidung
getroffen: die Einnahmen bestimmen
die Ausgaben.

Bayern wird ab 2006 einen Haushalt ohne neue
Schulden vorlegen. Das ist eine Wendemarke in
Deutschland.

Ich weiß sehr wohl, wir verlangen den Menschen
viel ab, im sozialen Bereich, an den Schulen und
Hochschulen, in unseren Behörden. Aber die CSU
ist keine Schönwetterpartei.

Wir haben den Mut gehabt, wie im Wahlkampf angekündigt,
den Haushalt auch gegen Widerstände
zu konsolidieren und die richtigen Prioritäten zu
setzen —zum Wohle einer lebenswerten Zukunft
für unsere Kinder und Enkel.

Diese Politik bewährt sich. Die Menschen unterstützen
unseren Kurs. Über 60 Prozent der bayerischen
Bevölkerung halten unseren strikten

CSU: Gesamtpaket
für Generationengerechtigkeit

Bayern:
2006 ausgeglichener
Haushalt

Sparkurs für richtig. Selbst die Mehrheit der Oppositionswähler.

Deshalb werden wir unseren eingeschlagenen Reformkurs

konsequent fortführen. Dafür stehen Kurt

Faltlhauser und Franz Meyer aus Niederbayern.

Mit unserem Kurs bewahren wir die Grundlagen

für ein starkes und eigenständiges Bayern.

Meine Damen und Herren,

endlich Arbeit schaffen heißt: Investieren in die

Zukunftsfelder unseres Landes:

Die Forschung von heute bringt die Arbeitsplätze

von morgen. Deshalb brauchen wir Innovationen,

Innovationen und nochmals Innovationen.

Wir in Bayern setzen zum Beispiel auf Bio- und
Gentechnologie, Neue Werkstoffe, Informations- und

Kommunikationstechnologie, Medizintechnik,

Umwelttechnik.

Mit unserer Offensive Zukunft Bayern und unserer
High-Tech-Offensive haben wir über vier Milliarden

Euro in die Zukunft Bayerns investiert. Bayern hat

frühzeitig auf die Förderung von Forschung und

Zukunftsinvestitionen

Entwicklung von Innovation und den Aufbau von Wachstums-Clustern von internationalem Rang als Motoren für die Arbeitsplätze von morgen gesetzt.

Zum Beispiel in Regensburg. Heute sitzt Dr. Raimar Schlingensiepen unter uns. Seine Firma arbeitet in der Krebsforschung. Er ist zusammen mit seinem Bruder 1999 von Göttingen nach Regensburg gekommen. Hier fand er optimale Forschungsbedingungen vor, eine enge Vernetzung von Wirtschaft und Hochschule. Das ist auch eine Auszeichnung für den Standort Bayern und für die Innovationsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft.

Wir sind stolz, dass wir solche Unternehmen hier bei uns in Bayern haben!

Solche Wachstums-Cluster entwickeln sich hier in Niederbayern auch um das Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing und für Leichtbau an der Fachhochschule in Landshut in Verbindung mit BMW.

Fortschritt und Innovation schaffen Arbeit auch im Mittelstand. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Handwerk und Mittelstand bilden un

sere jungen Leute aus. Den Mittelstand zu unterstützen,
bleibt Kernbestand bayerischer Politik.

Bayern ist heute Synonym für Modernität, Innovation
und Technologie. Wissenschaft und Forschung
haben ein erstklassiges Niveau. Bayern
zeigt: Wenn wir innovativ sind, wenn wir mit
technologischem Know-how vorangehen, können
wir zukunftsfähige Arbeitsplätze in
Deutschland halten.

Rot-Grün hat auch bei Innovationen nur Show
und große Sprüche zu bieten:

- 1998 lautete Schröders Motto: Innovation und
Gerechtigkeit. Passiert ist nichts.
- 2000 in Lissabon: Europa ruft mit kräftiger Mitwirkung
Gerhard Schröders das Jahrzehnt der
Innovationen aus. Passiert ist nichts.
- 2002 hat Schröder im Regierungsprogramm eine
„Innovationsoffensive“ versprochen. Passiert
ist nichts.
- 2004: Das Jahr der Innovationen ausgerufen.
Passiert ist wieder nichts.

- 2005: Jetzt das Jahr Einsteins, des Vaters der Relativitätstheorie. Ich prophezeihe Ihnen: Auch in diesem Jahr passiert wieder nichts an echten Innovationen.
Das ist „Schröders Relativitätstheorie“:
Relativ große Worte,
relativ kleine Taten.
Von allem bleibt nur eines übrig: Relativ wenig!
Meine Damen und Herren,
das alles ist relativ unglaublich. Wie sieht denn rot-grüne „Innovationspolitik“ in der Realität aus?
- Fischer ist heute noch stolz, dass er als hessischer Umweltminister Hoechst aus Frankfurt vertrieben hat.
- Künasts Gentechnikgesetz treibt die Biotechnologie ins Ausland.
 - Trittins Energiepolitik treibt Kerntechnologie und energieintensive Branchen ins Ausland. Rot-Grün verhindert Zukunft. Das können wir uns nicht leisten.

Wir halten dagegen. Die Neutronenquelle in Garching mussten wir gegen hartnäckigen Widerstand der rot-grünen Bundesregierung erkämpfen. Jetzt zeigt sich, dass der neue Forschungsreaktor ein attraktiver Anziehungspunkt für die Halbleiterindustrie der ganzen Welt ist. Das schafft international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Wir schaffen Zukunft.

Meine Damen und Herren,
Anpacken für Deutschland —endlich Arbeit schaffen heißt: Beste Bildung für unsere Kinder —das heißt Fördern und Fordern.

Bayern gehört als einziges deutsches Land zu den besten 10 weltweit. Das hat der Ländervergleich der PISA-Studie 2000 eindrucksvoll ergeben.

PISA hat gezeigt: Die rot-grüne Ideologie der Gleichmacherei ist gescheitert. Überall da, wo Rot-Grün regiert, können die Kinder nicht mithalten.

Dieser Ländervergleich hat gezeigt, dass die bayerischen Kinder ein ganzes Schuljahr weiter sind als die gleichaltrigen Schüler in Nordrhein-Westfalen.

Bildungspolitik

Wir sparen in vielen Bereichen, aber nicht bei der Bildung. Wir haben die Ausgaben für die Schulen von 1999 bis 2004 um volle 19% gesteigert. Der Gesamthaushalt stieg gleichzeitig nur um 6%. Die Bildungsausgaben stiegen dreimal so stark wie der Gesamthaushalt. Beste Bildung und keine neuen Schulden sind kein Gegensatz und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dass die bayerischen Kinder vorn liegen, liegt nicht daran, dass Kinder in anderen Ländern dümmer wären. Das liegt daran, dass Kinder und Jugendliche in Bayern bessere Bildungsqualität erhalten. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Dafür steht die CSU.

Wir stehen für die Qualität in der beruflichen Bildung. Wir haben unser bewährtes dreigliedriges Schulsystem ständig verbessert und durchlässiger gemacht: Praxisklassen und M-Züge in den Hauptschulen, sechsstufige Realschule, achtstufiges Gymnasium.

PISA ist der Offenbarungseid einer jahrzehntelang ideologisierten Bildungspolitik. Das Gespann Schröder Bulmahn hat über viele Jahre die PISA

Bildungspolitik in Niedersachsen bestimmt. Die Ergebnisse sind verheerend. Jetzt wollen ausgerechnet die beiden für ganz Deutschland in Berlin über die Bildung entscheiden.

Das ist doch absurd. Die PISA-Schlechtesten wollen den PISA-Besten sagen, wo es lang geht. Das stellt die Ergebnisse auf den Kopf. Das wäre ja so, als ob der Trainer von Hannover 96 dem FC Bayern Ratschläge für die Champions League geben wollte.

Anpacken für Deutschland —endlich Arbeit schaffen heißt: Beste Bildung auch an den Hochschulen.

Seit 1993 haben wir von 4,2 Mrd. Euro Privatisierungserlösen rund 3 Mrd. Euro in Wissenschaft, Forschung und Hochschulen investiert.

Wir erhöhen trotz aller Sparzwänge bis 2006 den Etat des Wissenschaftsministeriums um 6,9 Prozent, wobei wir die Mittel für die Hochschulen sogar um 7,2 Prozent anheben. Das ist ein Kraftakt für Bayerns Weg in die Wissensgesellschaft der Zukunft!

Hochschulpolitik
Studiengebühren

Das zahlt sich aus. Bayern ist deutschlandweit ein Spitzenstandort. Unsere Universitäten haben einen exzellenten Ruf. Sie sind attraktiv für die besten Köpfe. Unter uns ist heute die BWLStudentin Marlene Schilhaneck. In Berlin ist sie geboren, ihr Einser-Abitur hat sie im Rheinland gemacht, fürs Studium gewählt hat sie Passau. Das zeigt: Passau gehört zu den ersten Adressen für Deutschlands Top-Studenten. Bei uns in Bayern studiert die Elite von morgen!

Diesen exzellenten Ruf unserer Universitäten wollen wir im internationalen Wettbewerb halten und ausbauen. Das kostet Geld. Das kann der Staat angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der massiven Steuerausfälle heute leider nicht mehr alleine leisten. Unbestritten ist, dass die Lehre in den Universitäten verbessert werden muss. Weil wir diese Lehre verbessern wollen, kommen wir um individuelle finanzielle Beiträge der einzelnen Studierenden nicht herum.

Allerdings will ich genauso deutlich sagen: Der Geldbeutel darf nicht der Schlüssel zur Universität sein. Allein die Leistung entscheidet. Es wird keine soziale Schieflage geben. Wir werden sehr sorgfältig mit den Studenten und den Universitäten

überlegen, wie wir die Studiengebühren sozial verträglich ausgestalten. Aber so wie der angehende Handwerksmeister in seine Meisterprüfung investiert, kann auch ein angehender Akademiker in seine Ausbildung investieren.

Die Studiengebühren werden zu einer Verbesserung der Lehre an den Universitäten führen.

Das Geld wird den Hochschulen zur Verfügung stehen. Kein einziger Euro davon geht in die Staatskasse. Kein einziger Euro aus dem Staatshaushalt für die Unis wird gekürzt. Das bedeutet

für die Studenten:

- Mehr Ausstattung.
- Mehr Bücher.
- Mehr Personal.

Es ist schon grotesk: Länder mit den höchsten Schulden erklären jetzt: Sie wollen keine Studiengebühren einführen. Da frage ich, wie wollen sie die Qualität der Lehre an ihren Universitäten verbessern? Sie stehen in den Vergleichstests ohnehin schon weit hinten. Ohne Studiengebühren werden sie noch weiter zurückfallen.

Meine Damen und Herren,
dies alles zeigt, wo wir anpacken, geht es vorwärts.
Unsere Bürgerinnen und Bürger spüren das
unmittelbar. Unsere Politik zahlt sich für die Menschen
aus.

- Wir sind das Land mit dem höchsten Wachstum.
Auch im Jahr 2004 stehen wir mit 2,3 %
Wachstum zusammen mit Sachsen wieder
an der Spitze. Deshalb erwirtschaftet jeder
Bayer im Jahr 4.100 Euro mehr als in anderen
Bundesländern Westdeutschlands.
- Wir haben die besten Beschäftigungsperspektiven
und trotz bundesweit über 5 Millionen
offizieller Arbeitsloser nach Baden-
Württemberg die niedrigste Arbeitslosigkeit
in Deutschland.
- Bayern ist bei der Bildung Spitze. Bei der Lehrstellensituation
steht Bayern mit an vorderer
Stelle. Hier haben Kinder und Jugendliche
sehr gute Zukunftsperspektiven.
 - Kein anderes Land investiert soviel in den
Ausbau der Kinderbetreuung wie Bayern.
Wir geben jährlich eine halbe Milliarde Euro für
Bayern lebt besser

Kinderbetreuungsplätze aus. Wir haben zusätzlich ein 313 Millionen-Euro-Programm aufgelegt.

Damit schaffen wir 30.000 neue Betreuungsplätze.

- Nirgendwo leben die Menschen so sicher wie in Bayern. Bayern hat mit die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote.
- Nirgendwo wird soviel für die bäuerliche Landwirtschaft, für unsere Kulturlandschaft und für unseren ländlichen Raum getan wie in Bayern. Ich nenne nur das Kulturlandschaftsprogramm und das Vertragsnaturschutzprogramm.

Trotz der großen Sparanstrengungen haben wir im Nachtragshaushalt 2004 die direkt einkommenswirksamen Zahlungen nicht gekürzt.

Wir werden das auch im Doppelhaushalt 2005/2006 nicht tun.

Auch der jüngste Prognos-Familienatlas —im Auftrag von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt —hat gezeigt: Im Süden leben die Familien am besten. Hier fühlen sich Familien am wohlsten. Das liegt vor allem auch daran, dass Familien nirgendwo bessere Perspektiven haben als im Süden Deutschlands. Gerade auch deshalb sind seit Anfang der 90er Jahre rund eine Million Menschen

nach Bayern gekommen. Über 100.000 allein nach Niederbayern. Das ist eine Abstimmung mit den Füßen. Bayern bietet Lebensqualität. Bayern bietet Arbeit. Bayern bietet Zukunft.

Meine Damen und Herren,
überall wo CDU und CSU regieren, geht es den Menschen besser. Das gilt im Westen wie im Osten. Baden-Württemberg ist seit Jahren zusammen mit Bayern der Spitzenreiter bei Wachstum und Beschäftigung.

Vor 14 Jahren sind alle neuen Länder mit den gleichen Ausgangsbedingungen gestartet. Heute stehen Sachsen und Thüringen, wo die Union von Anfang an regiert, ganz vorne dran —mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit und dem höchsten Wirtschaftswachstum der neuen Länder!

In den Ländern, in denen die CDU die Regierung übernommen hat, geht es wieder aufwärts. Saarland, Hessen, Niedersachsen, Hamburg und Sachsen-Anhalt setzen an zu neuem Schwung und neuer Dynamik.

Botschaft 2005:
Union macht es
besser!

Meine Damen und Herren,
Deutschland braucht den Wechsel. Sonst kommt
Deutschland nicht aus der Krise. Deutschlands
Krise hat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch
mentale und kulturelle Ursachen.
Das hängt auch mit der Geschichte unseres Landes
zusammen. Die Nationalsozialisten haben
traditionelle und ideelle Werte missbraucht. Deswegen
gründete sich unser deutsches Selbstbewusstsein
nach dem Krieg vor allem auf materielle
Werte:

- Stolz auf das Wirtschaftswunder.
 - Stolz auf die D-Mark.
- Stolz auf Deutschland als ökonomisches Vorbild
für die Welt.

Aber dies allein trägt nicht, gerade in der jetzigen
Krise zeigt sich: Jede Nation braucht auch einen
emotionalen inneren Zusammenhalt. Aber was hat
uns Rot-Grün hier anzubieten?

Die Linke und die 68er Protestbewegung haben
Werte wie Disziplin, Fleiß, Ehrgeiz Weltspitze zu
sein und Verantwortungsbewusstsein als „Sekundärtugenden“
verunglimpft. Diese linke Leitkultur
Reformen brauchen
Werte und
Zusammenhalt
68er: Verdammung
der Werte

hat tiefe Spuren hinterlassen und unser Wertesystem verändert.

- Statt Geborgenheit und Verantwortung in Ehe, Familie und Gesellschaft —die Idee einer antiautoritären Erziehung mit einer übersteigerten Selbstverwirklichung.
- Statt Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft —den Glauben an den all fürsorgenden Sozialstaat.
- Statt Wachstum, Fortschritt und Optimismus — Technikfeindlichkeit und Zukunftsangst.
- Statt Identität und Patriotismus —die Utopie von Multikulti.

Meine Damen und Herren,
ohne verbindende Werte, ohne Wir-Gefühl, ohne Liebe zu unserem Land und ohne Patriotismus werden wir in Europa und in der globalen Welt auf Dauer nicht bestehen können.

CSU: Deutschland
muss wieder
an sich glauben

Das ist unser Thema. Darin unterscheiden wir uns von Rot-Grün. Wie wichtig das Thema ist, erkennen gerade Gerhard Schröder und Joschka Fischer nicht.

- Willy Brandt hat seine Partei in den Wendejahren 1989/1990 gemahnt: „Vergesst mir nicht das Nationale!“ Schröders Antwort: „Damit kann ich nichts anfangen!“ Daran hat sich bei ihm bis heute nichts geändert.
- Letztes Jahr wollte Schröder sogar den Tag der Wiedervereinigung abschaffen.
- Doch damit nicht genug: Die Grünen im Bayerischen Landtag wollten per Gesetz fünf islamische Feiertage einführen und schützen, darunter den islamischen Neujahrstag, Mohammeds Geburtstag, das Fastenbrechen und das Opferfest. (LT-Drs. 14/8221).

Typisch Rot-Grün: Den Tag der deutschen Einheit abschaffen und Mohammeds Geburtstag einführen, das hätte dem Fass den

Boden ausgeschlagen,

Rot-Grün kann mit Begriffen wie „Heimat“ und „Vaterland“ nichts anfangen.

Rot-Grün hat keine
innere Beziehung
zur Nation

Meine Damen und Herren,
den jüngsten „Tiefpunkt“ rot-grüner Beiträge zum Patriotismus steuerte die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth, bei: Sie schlug vor, am 3. Oktober nicht nur die deutsche Einheit, sondern den Beginn der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei zu feiern (WamS vom 06.02.2005).

Wenn Frau Roth wegen dieses Ereignisses so nach Feiern zumute ist, kann sie im rot-grünen Kabinett gut weitere Anlässe finden: Wie wäre

- für Bundeskanzler Schröder der 2. Februar als „Tag der Rekordarbeitslosigkeit“,
- für Bundesfinanzminister Eichel der 26. November als „Tag der Rekordschulden“ von Rot-Grün,
- und für Bundesaußenminister Fischer der 3. März als „Jahrestag des ministeriell geförderten Menschenhandels“ durch den für Schleuser so segensreichen Visa-Erlass?

Lassen wir denen ihre Feiertage. Wir jedenfalls
halten am Tag der Deutschen Einheit fest.

Meine Damen und Herren,
der nationalen Vergessenheit von Rot-Grün stellen
wir unseren aufgeklärten und positiven Patriotismus
entgegen:

- Unsere Liebe zum Land ist mehr als Verfassungspatriotismus.
 - Die Schicksalsgemeinschaft des Deutschen Volkes ist mehr als das Vertragsverhältnis einer Bevölkerung.
 - Nation und Vaterland sind mehr als die „Deutschland AG“.

Mehr Stolz auf unser Land. Das schafft auch
Kraft und Mut im globalen Wettbewerb der Nationen!
Das schafft Zusammenhalt und Gemeinschaft.

Aufgeklärter und
positiver Patriotismus

Meine Damen und Herren,
Rot-Grün stellt den Zusammenhalt in unserem
Land grundsätzlich in Frage.
Seit Jahren ist das Ziel von Rot-Grün die Umwandlung
Deutschlands in eine Multikulturelle Gesellschaft!
Seit Jahren führen wir mit Rot-Grün heftige
Auseinandersetzungen
darüber.

Rot-Grün wollte immer mehr Zuwanderung trotz
der hohen Arbeitslosigkeit

- Aufhebung des Anwerbestopps,
- Ausweitung des Asylrechts und
- Noch mehr Familiennachzug.

Wir haben das verhindert! Wir haben aus dem
rot-grünen Zuwanderungsgesetz ein
Zuwanderungsbegrenzungsgesetz
gemacht!

Gegenüber Rot-Grün haben wir auch durchgesetzt:

- Extremisten können schneller ausgewiesen
werden.
- Der Verfassungsschutz ist vor der Einbürgerung
regelmäßig eingebunden.

Rot-Grün:

Zuwanderung
statt Integration

CSU: Verbesserungen
im Zuwanderungsrecht

- Hassprediger und Schleuser können leichter ausgewiesen werden.

Wir sagen klar: Keine Toleranz für Intoleranz.
Die CSU hat hier über Jahre hinweg massiv gekämpft.

Günther Beckstein stand hier in vorderster
Front und hat sich durchgesetzt.

Meine Damen und Herren,
nicht verhindern konnten wir, dass Rot-Grün unter
der Hand in skandalöser Weise die Visa-Praxis für
die Einreise von Ausländern aufweichte.

Ich will Ihnen diesen unglaublichen Vorgang einmal
darlegen:

Bis zum März 2000 galt: Jeder Visaantrag eines
Ausländers, der nach Deutschland reisen wollte,
wurde streng geprüft. Es galt der Grundsatz:

Im Zweifel für die Sicherheit.

Dann kam das grüne Duo Joschka Fischer und
Ludger Volmer und veränderten mit einem Federstrich
die geltende Visa-Praxis. Nun galt der

Rot-Grüne Visa-
Praxis gefährlich

Grundsatz: Im Zweifel für die Einreise der Ausländer nach Deutschland.

Dann die Folgen (Daten: Bild vom 26.01.2005):

- Die Visazahlen explodierten. Allein die Deutsche Botschaft in Kiew erteilte über dreimal so viele Visa wie zuvor, in den Jahren 2000 und 2001 über 500.000 Visa!
 - Sogar Extremisten aus Algerien, Saudi-Arabien und Tschetschenien sollen durch die laxere Handhabung Visa für Deutschland erhalten haben! (Der Spiegel 6/2005, S. 35; Süddt. Zeitung vom 29.01.2005)
 - Die Profiteure der neuen Visa-Praxis waren kriminelle Schleuserbanden und Menschenhändlerringe. Die Opfer waren allzu oft junge osteuropäische Frauen, die hier im Westen als Zwangsprostituierte ausgebeutet wurden. Ausgerechnet Rot-Grün erleichterte den Menschenhandel mit Frauen aus Osteuropa! Ausgerechnet Rot-Grün unterstützt diese moderne Sklaverei!
- Bundesinnenminister Schily warnte Fischer schon im März 2000: Der Erlass steht im Widerspruch zum Schengen-Abkommen. (Der Spiegel 6/2005, S. 22).

Trotz dieser Warnungen hielt Fischer an seinem
Erlass fest!

Das Landgericht Köln verurteilte den ersten Menschenhändler
wegen bandenmäßiger Schleusung.

In seiner Urteilsbegründung hielt das Gericht dem
Täter strafmildernd zugute: Das Auswärtige Amt
hat den Taten „durch schweres Fehlverhalten“
Vorschub geleistet. Der Visa-Erlass war ein
„Putsch der politischen Leitung des Auswärtigen
Amtes gegen die ... Gesetzeslage“! (Der Spiegel 46/2004,
S. 150, 6/2005)

Der Spiegel bringt das auf den Nenner:
Fischers Ausländerpolitik: Das heißt
„Grünes Licht für Menschenhändler“.
(Spiegel 05.02.2005)

Meine Damen und Herren,
doch Joschka Fischer schweigt. Das lassen wir
ihm nicht durchgehen. Er wird uns im Untersuchungsausschuss
im Bundestag Rede und Antwort
stehen müssen.

Fischers
(Ver-)Schweigen

Schon jetzt ist klar: Fischer hat nicht Schaden von
unserem Land abgewendet, sondern unserem
Land Schaden zugefügt.

Meine Damen und Herren,

Rot-Grün träumt immer noch von der multikulturellen
Gesellschaft. Dabei ist Multikulti längst gescheitert:

- In den französischen, britischen und niederländischen
Großstädten haben sich ganze Stadtteile
zu Gettos entwickelt. Da traut sich oft
selbst die Polizei nicht mehr hinein.

- Selbst in Deutschland gibt es Stadtviertel, in
denen nur noch deutsche Straßenschilder an
eine deutsche Stadt erinnern.

Das ist nicht die Zukunft Deutschlands!

- Wir wollen keine Parallelgesellschaften, in
denen sich Menschen fremder Herkunft völlig
von Deutschland abschotten.

Multikulti ist gescheitert

- Wir wollen keine Stadtviertel, in denen kein Wort Deutsch mehr gesprochen, geschrieben oder verstanden wird.
- Wir wollen keine Schulen, in denen die Kinder alle Sprachen sprechen, nur nicht Deutsch. Multikulti bringt Ausländer und Deutsche nicht näher zusammen, sondern spaltet unsere Gesellschaft!
Das ist nicht die Zukunft Deutschlands!
Meine Damen und Herren,
das hat Rot-Grün nicht begriffen. Erst jüngst hat der Parteirat der Grünen beschlossen:
„Multikulturalität ... fordert Toleranz für Lebensweisen, die man ... sogar für „falsch“ hält.“ (Beschluss vom 29.11.2004).
Was heißt das?
- Vielen muslimischen Mädchen wird verboten, am Sportunterricht und Klassenfahrten teilzunehmen.
Das wollen die Grünen tolerieren.
Grüne billigen
Unterdrückung
muslimischer
Frauen

- Viele muslimische Mädchen werden gezwungen, einen bestimmten Mann zu heiraten.

Dem treten die Grünen nicht entschieden genug entgegen.

Diese Art von Toleranz sollen die Grünen mal den angsterfüllten Mädchen erklären, die vor den archaischen Ehrbegriffen und Traditionen ihrer Eltern in deutsche Frauenhäuser fliehen! Für die Union ist Toleranz nicht Gleichgültigkeit und Wegschauen. Unser Verständnis für fremde Werte endet, wo Hass gepredigt, Gewalt angewandt und Zwang ausgeübt wird.

Keine Toleranz der Intoleranz!

Wir jedenfalls lassen unsere Grundrechte und Grundwerte nicht mit dem Verweis auf Koran und Scharia außer Kraft setzen!

Meine Damen und Herren,
wir wollen keinen unbegrenzten Zuzug, sondern die Integration der hier lebenden Ausländer. Integration ist keine Einbahnstraße, sondern vor allem eine Bringschuld der Zuwanderer!

CSU: Integration
ist Bringschuld
der Zuwanderer

Wer als Ausländer nach Deutschland kommt, will hier ein besseres Leben. Er findet Freiheit, Toleranz und die Chance zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg.

Er muss aber auch Gegenleistungen erbringen. Wir verlangen von Zuwanderern eine echte Integration:

- Integration heißt für uns: Erlernen der deutschen Sprache.
- Integration heißt für uns: Klares Bekenntnis zu unserer Rechte- und Werteordnung und zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Zur Einbürgerung als Abschluss der Integration sollte die Ablegung eines feierlichen Verfassungseides bei der Einbürgerung kommen. Wer Deutscher werden will, soll sich nicht nur ein Papier bei der Behörde abholen, sondern sich auch klar zu unserem Land bekennen. Deshalb treten wir für einen Eid auf unsere Verfassung ein, so wie das in den USA und anderen Ländern selbstverständlich ist.

Die Einbürgerung in feierlicher Form ist auch ein Signal an unsere neuen Mitbürger: Ihr seid willkommen.

Ihr gehört jetzt zu unserer Nation, mit

allen Rechten, aber auch mit allen Pflichten!

Wer das ablehnt, braucht nicht in Deutschland zu bleiben. Er gehört nicht hierher!

Integration kann nur gelingen, wenn wir wissen, in welche Werteordnung integriert werden soll.

Deutschland und Europa sind von christlichabendländischen Werten geprägt, nicht von Dschihad und Scharia!

Dazu sollten wir viel selbstbewusster stehen!

Mir hat folgendes Erlebnis zu denken gegeben, das ich kürzlich auf dem Rückflug von Kanada hatte.

Wir waren irgendwo über dem Atlantik, als plötzlich mehrere Männer aufstanden, ihre Gebetsteppiche im Mittelgang entrollten und gen Mekka beteten. Wie würden viele auf einen Christen reagieren, der im Flugzeug öffentlich auf Knien betet? Hätte er dieselbe Toleranz erfahren oder wäre sein Tun nicht mit einem Kopfschütteln quittiert worden?

CSU: Kein Platz
für Hass und Gewalt
in Deutschland

Andere stehen öffentlich zu ihren Überzeugungen und Werten. Auch wir sollten uns selbstbewusster zu unseren Werten und Überzeugungen bekennen.

Das sollten wir uns von niemandem ausreden lassen!

Meine Damen und Herren,
zu unseren Werten gehört auch ein klares Bekenntnis zu Ehe und Familie.

Die CSU steht für den Schutz von Ehe und Familie.

Sie sind die kleinste Solidargemeinschaft in unserer Gesellschaft und ihr wichtigster Baustein.

Wir begegnen Lebenspartnerschaften mit der gebotenen

Toleranz und Liberalität. Die Liebe zwischen zwei Menschen ist zu respektieren, unabhängig davon, ob es sich um Liebe zwischen Frau und Mann oder um Liebe zwischen Menschen gleichen Geschlechts handelt.

Natürlich muss die Diskriminierung Homosexueller endgültig der Vergangenheit angehören. Deshalb ist es in Ordnung, dass Lebenspartner in Bereichen wie Namensrecht und Unterhalt, die allein ih-

CSU: Schutz von
Ehe und Familie

re Rechtsstellung als Erwachsene berühren, rechtlichen Schutz genießen.

Jetzt aber plant Rot-Grün die völlige Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften mit Ehe und Familie.

Rot-Grün will gleichgeschlechtlichen Partnern das Recht geben, Kinder zu adoptieren.

Als Grund führen sie an, „23 % der befragten lesbischen Frauen und schwulen Männer äußerten einen Kinderwunsch.“ (BT-Drs. 15/2477, S. 17)

Aber hier darf es doch nicht um die Selbstverwirklichung von Erwachsenen gehen. Maßstab ist einzig und allein das Wohl der Kinder!

Wir werden das nicht ungeprüft hinnehmen und gegen die Einräumung des Adoptionsrechts an Lebenspartnerschaften vor dem Bundesverfassungsgericht klagen.

Oben drein will Rot-Grün die Lebenspartner noch im Einkommensteuerrecht, im Erbschaftsteuerrecht und im Beamtenrecht gleichstellen.

Das heißt: Ehegattensplitting wie Eheleute!

Rot-Grün: Stiefkindadoption
für

Lebenspartner
Rot-Grün: Künftig
Ehegattensplitting
für Lebenspartner

Diese rot-grüne Politik ist grundfalsch. Das ist nicht mehr die Beseitigung vermeintlicher Diskriminierung.

Wir sagen:

Für uns haben Ehe und Familie Vorrang, weil sie die ideale Voraussetzung für das Aufwachsen von Kindern bieten. Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Deswegen werden wir die rot-grüne Relativierung von Ehe und Familie nicht zulassen. Sie rüttelt am Leitbild von Ehe und Familie und erschüttert die Grundfesten unserer Gesellschaft.

Meine Damen und Herren,
Rot-Grün gefährdet auch bei der Kriminalitätsbekämpfung die Sicherheit unserer Bürger.

Im Fall Moshammer hat die bayerische Polizei mit Hilfe einer freiwilligen DNA-Probe den Täter binnen kürzester Zeit zweifelsfrei überführt.

Die CSU fordert: Die DNA-Analyse muss zum Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts werden.

Für den Grünen Volker Beck wäre das „aus Sicht der Bürgerrechte ... eine Katastrophe.“ (Berliner Zeitung
Rot-Grün blockiert
die DNAAnalyse

vom 17.01.2005) Doch eine „Katastrophe“ ist hier die verantwortungslose Haltung der Grünen:
Die Grünen stellen den Datenschutz für Kriminelle über den Opferschutz unbescholtener Bürger!

Nicht mit uns! Wir schützen unsere Bürgerinnen und Bürger. Daher: Opferschutz vor Täterschutz!

Meine Damen und Herren,
lassen Sie mich an dieser Stelle ein Wort zum Korruptionsskandal im Deutschen Fußball sagen.

- Hier wurden die Ideale und Werte des Sports wie Anstand, Ehrlichkeit und Fairness verletzt.
- Hier wurden die Fans um ein faires Spiel und ihre Freude am sportlichen Wettkampf betrogen. Deshalb fordere ich eine lückenlose Aufklärung und eine harte Bestrafung.

Dazu gehören

- Wettverbote für alle Beteiligten, für Spieler, Trainer und Funktionäre.

CSU: Opferschutz
vor Täterschutz
Schiedsrichter-
Skandal im Fußball

- Hartes Durchgreifen bis hin zu lebenslangen Sperren und generellem Spielverbot.

Meine Damen und Herren,
die CSU steht für Werte in der Ehe und Familie.

Die CSU steht
für Werte in der Nation,
für Werte in Europa.

Für uns ist Europa eine Wertegemeinschaft auf
der Grundlage von Demokratie, Freiheit und
Gleichheit.

Gerade weil wir Europa zu einer politischen Union
fortentwickeln wollen, wäre ein Beitritt der Türkei
in die EU hochproblematisch.

- Eine schnell wachsende Türkei mit bereits heute
70 Millionen Einwohnern, Grenzen zu den
Konfliktzonen Nahost, Irak und Kaukasus und
einer Wirtschaftskraft, die bei 22 % des EUDurchschnitts
liegt. Damit wäre die EU doch
hoffnungslos überfordert.

Türkeibeitritt

- Nach Angabe der Kommission kommen auf die EU Transferzahlungen von bis zu 28 Milliarden Euro jährlich zu. Deutschland wäre mit fast 6 Milliarden Euro dabei. Wer soll das bezahlen? Wir in Deutschland können uns das nicht leisten.
- Zudem ist die Türkei ein Land, das sich erheblich von unserer Kultur und unserem Wertesystem unterscheidet. In ihrem Bericht spricht die Kommission von erheblichen Problemen im Bereich der Menschenrechte und der Folter. Im vergangenen Jahr flohen aus keinem anderen Land so viele Asylbewerber vor Verfolgung nach Deutschland wie aus der Türkei. Und die Grünen schweigen dazu!
- Die Türkei ist bereit, Politik auf eigene Faust und ohne Rücksicht auf Partner und Verbündete zu machen. Für den Fall eines Wahlsiegs der Kurden im Irak hat die Türkei mit einem Einmarsch in den Irak gedroht. Schröder schweigt dazu!

Wenn die Türkei Nachbarländer wegen eines demokratischen Wahlausgangs mit einem Angriffskrieg bedroht und in Brüssel nicht einmal das EUMitglied Zypern anerkennt, wie will sie sich je in die

EU einfügen! Die Frage des Beitritts müsste damit eigentlich erledigt sein.

Ein Land, das mit Angriffskrieg droht, ist nicht beitriffsfähig.

Dank des großen persönlichen Einsatzes von Angela Merkel ist es der Union gelungen, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ergebnisoffen zu gestalten. Es gibt keinen automatischen Beitritt.

Diese unsere Haltung setzt sich allmählich in ganz Europa durch. Ich freue mich besonders, dass unser Freund Nicolas Sarkozy, Vorsitzender unserer französischen Schwesterpartei UMP, das ebenso sieht. Er sagte ganz deutlich (FAZ vom 22.12.2004): „Wenn Europa alle umarmen will, wird es letztlich niemanden halten!“

Ich sage es daher nochmals in aller Deutlichkeit:

Mit uns gibt es keinen Beitritt der Türkei!

Dafür steht die CSU. Dafür steht die gesamte Union. Hier unterscheiden wir uns fundamental von Rot-Grün.

Nein zum Türkeibeitritt

Meine Damen und Herren,
immer wieder wird behauptet, es gäbe keine Unterschiede
zwischen Regierung und Opposition.

Das ist falsch.

- Rot-Grün hat mit dem Visa-Erlass deutsche Sicherheitsinteressen aufs Spiel gesetzt und blockiert den DNA-Test. Wir stehen für sichere Grenzen, für uns gilt: Opferschutz vor Täterschutz.

- Rot-Grün will die Türkei in die EU holen —um jeden Preis!

Wir sagen: Privilegierte Partnerschaft ja, Mitgliedschaft nein! Alles andere würde Europa überfordern.

- Rot-Grün setzt auf die multikulturelle Gesellschaft. Wir wollen keine Parallelgesellschaften, sondern eine Begrenzung der Zuwanderung und eine echte Integration der hier lebenden Ausländer!

Schluss:

Unterschiede
Rot-Grün und
Union

- Rot-Grün setzt auf Gleichmacherei und Mittelmaß in der Bildungspolitik.

Wir stehen für beste Bildung durch individuelle Förderung und Leistungsorientierung.

- Rot-Grün relativiert Ehe und Familie.

Für uns gilt: Vorrang für Ehe und Familie.

- Rot-Grün steht für immer höhere Staatsschulden auf Kosten unserer Kinder und Enkel.

Wir stehen für einen ausgeglichenen Haushalt und für Generationengerechtigkeit.

- Rot-Grün steht für Arbeitslosigkeit, Armut und Abstieg in Deutschland.

Wo wir Verantwortung tragen, geht es den Menschen besser.

Das sind die zentralen Unterschiede zwischen Rot-Grün und der Union.

Wir stehen für den grundlegenden Wechsel in der Politik. Klare Werte — klarer Kurs!

2005 und 2006 sind die Jahre der Entscheidung:

Endlich Arbeit schaffen — das ist unser Ziel.

Schlussappell

Wir nehmen die Herausforderung an.
In Kiel, in Düsseldorf
und 2006 in Berlin!